



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

550 (24.11.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-337042](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-337042)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 841

Reaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 818

70 Pfennig monatlich.
Eringericht 25 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag N. 6.49 pro Quartal.
Einzel-Nummer 8 Bg.

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:
Die Colonat-Zeile . . . 25 Bg.
Kundwärtige Inserate . . . 30
Die Reklam-Zeile . . . 1 Mark

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 550.

Dienstag, 24. November 1908.

(Abendblatt.)

Die österreichisch-ungarische Diplomatie und der Boykott in der Türkei.

Der Minister Baron Kehrenthal empfing am Samstag eine Deputation österreichisch-ungarischer Industriellen, die durch die Boykottbewegung in der Türkei geschädigt wurden und infolgedessen nervös zu werden anfangen. Er versuchte die Leute zu beruhigen. Trotzdem aber läßt es sich nicht verkennen, daß die anti-österreichische Bewegung in der Türkei der österreichisch-ungarischen Diplomatie recht unangenehm zu werden beginnt. Man hat von Wien aus bereits energische Schritte in Konstantinopel angeordnet, um wenigstens zu erreichen, daß die amtlichen Organe, die Zoll- und Hafenbehörden, aufhören, die österreichisch-ungarischen Waren schlechter zu behandeln als andere, aber bis heute haben diese Schritte einen greifbaren Erfolg nicht gehabt. Wiener Zeitungen behaupten, daß das jungtürkische Komitee nicht nur sich passiv verhalte, sondern die Bewegung noch Möglichkeit zu vertiefen trachte. Das jungtürkische Komitee ist zwar verstreut, aber doch immer noch der tatsächliche Herr der Lage. Es könnte voll auf die Bewegung einwirken, wenn es wollte.

Der Boykott ist eine höchst eigenartige Waffe im Kampfe der Völker. Er kann wohl Wunden schlagen, aber nur schwer zum Nachgeben zwingen. Einem durch einen Boykott ausgeübten Druck nachzugeben, hat immer etwas Mißliches an sich, da man durch seine Nachgiebigkeit offenbart, daß man an dieser Stelle verwundbar ist und vielleicht sogar dazu einläßt, das Experiment bei gegebener Gelegenheit baldmöglichst zu wiederholen. Deshalb sollte das jungtürkische Komitee einsehen, daß es eine Ungeschicklichkeit begeht, wenn es länger dem Boykott zusieht; denn eine Soffnung, einen Druck auf Oesterreich-Ungarn auszuüben, kann es aus dem angeführten Grunde nicht geben. Ein politisches Interesse an dem Boykott kann die Türkei also nicht haben. Ohne die Verständigung mit Oesterreich-Ungarn keine Konferenz. Und ohne Konferenz gewiß keine Kompensationen für die jüngsten der Türkei unangenehmen Veränderungen im Balkan. Ein wirtschaftliches Interesse hat die Türkei gleichfalls nicht; denn wer sich von politischen Gefühlen diktieren läßt, wo er kaufen soll, kauft meistens schlecht. Wer hat also eigentlich ein Interesse an dem Boykott? Die Antwort liegt nahe: die profitierende Konkurrenz. Die Bewegung mag gewiß im Anfang elementar aus einem Gefühl der Indignation entstanden sein; solche Gefühlsbewegungen pflegen aber dann für die Konkurrenz ein willkommenes Anlaß, eine Handhabe zu sein, die bereitwilligst ergriffen wird. Es liegt das in der Natur der Dinge. Die Wiener Presse zeigt mit den Fingern auf England, das das Feuer schüren soll. Es ist wohl möglich, daß die englischen Kaufleute ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse in diesem Falle mit diesem besonderen Eifer nachgeben, weil es zugleich ein politisches ihres Landes ist. Den Engländern müßte ein Gegensatz zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn aus mehr als einem Grunde lieb sein. Als es vor einem Monat den Ansehen hatte, als hätte sich die Türkei schnell mit Oesterreich-Ungarn verständigt, wurde ein Teil der englischen Presse selbst nervös. Heute scheint einer österreichisch-türkischen Verständigung quer über den Boykott im Wege zu stehen. Soweit

dieser Boykott türkische Politik ist, ist er ganz gewiß ein Mißgriff.

Burzeit scheint die türkische Politik daran zu leiden, daß sie von zu vielen Leuten gemacht wird und daher einer gewissen Sicherheit und Zielbewußtheit entbehrt. Man scheint bald jenes, bald dieses zu wollen. Die Männer, die an der Spitze stehen, der nun bald 90jährige Kiamil Pascha und die Männer, die hinter den Kulissen mächtiger sind, die Führer des Komitees, wollen gewiß das Beste. Auch die so junge türkische Presse, die sich sehr eingehend mit auswärtiger Politik befaßt und deren Einfluß nicht zu unterschätzen ist, will nur Gutes raten. Das Ziel kann von vielen gewollt, die Mittel aber müssen von der starken Hand eines zentralen Willens gehandhabt werden. Und da scheint es hier und da zu fehlen. Wozu der eigentümliche Flirt mit Serbien und Montenegro? Der kann die Türkei nur kompromittieren und zwingt Oesterreich-Ungarn, wie es nunmehr auch geschehen ist, nachdrücklich auf die Gefahren eines etwaigen türkischen Bündnisses mit den beiden Staaten hinzuweisen. Hier ist noch manches dunkel.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 21. November 1908.

Bürgertum und Politik.

In der neuesten Nummer der Londoner „Finanzchronik“ veröffentlicht Geheimrat Richard Witting einen Aufsatz über die letzten deutschen Ereignisse, den er in weiser Abschätzung „Politische Aphorismen“ überschreibt. Es sind allerlei Einfälle eines klugen und unterrichteten Mannes, der viel gelernt und noch mehr beobachtet hat, und der, weil er in verschiedenen Schichten lebte und mannigfache Reisen ihm den Blick weiteten, die Fähigkeit gewann, die in Deutschland im allgemeinen selten zu sein pflegt, den Dingen und Personen auch außerhalb des eigenen Kreises gerecht zu werden. Es ist viel reizvolles in diesen Aphorismen, viel sprühender Scharfsinn, der aus dem bunten Strom des Lebens, das Charakteristisches und Wesentliche, das nicht immer zugleich das Augensällige ist, aufzufischen weiß. Ohne Frage ist, indes wir in den letzten zwei Jahrzehnten reich und reich wurden, ein ästhetischer und gesellschaftlicher Snobismus bei uns aufgekrochen und der Sinn für den Staat, für politische Leidenschaft breiten Schichten unserer Großbourgeoisie verloren gegangen. Es ist auch richtig, daß der Liberalismus in seinem traditionellen Kampf gegen Zoll-, Handels- und Machtpolitik, gegen Junker- und Agrariertum häufig genug Augenmaß und damit den politischen Einfluß eingebüßt hat und daß wir im großen und ganzen eine starke Reigung zeigen, den Apparat der Gesetzgebung und seine Produkte zu überschätzen. Noch immer ging und nicht auf, daß ungleich wichtiger als die Gesetzgebung, deren wir schon eine hatliche Menge drausbarer und ansehnlicher besitzen, die Männer sind, die man zu ihrer Ausübung berief und daß die Erefution im guten wie im schlechten Sinn erheblich bedeutsamer werden kann als der tote Buchstabe. Gerade weil unser Geschlecht, ohne sie wirklich zu besitzen, sich so gern seiner realpolitischen Disposition beräubt, ist es gut und nützlich, diese herben Erfahrungstatsachen ihm

immer wieder vorzuhalten. In manchen Stücken wird man freilich Herrn Witting nicht unbedingt folgen mögen. So scheint es uns fast, als ob er die Leistung des Unterstaatssekretärs v. Loebell denn doch ein wenig überschätze. Geheimrat Witting schreibt: wenn im Reich und in Preußen tüchtige gelang: Zolltarif, Handelsverträge, Sozialpolitik, Ostmarkenpolitik, Vörfengesetzgebung, so ist ein guter Teil auf das Konto des Herrn v. Loebell zu setzen. Das möchten wir schon um deswillen bezweifeln, weil, als über den Zolltarif und die Handelsverträge entschieden wurde, Herr von Loebell noch Landrat in Rathenow oder Generaldirektor der kurländischen Feuerzollerei war. Auch das tatkräftige Interesse für Sozialpolitik kann Herr von Loebell erst neuerdings betätigt haben: ehemals als konservativer Abgeordneter gehörte er eigentlich nicht zu den schwärmerischen Sozialreformern. In der Hauptsache aber hat Geheimrat Witting ungewisselhaft recht; in seinen Schlüssen schreibt er:

„Über die Besserung kann nur kommen, wenn die wirtschaftlich führenden Schichten des Bürgertums fortan auch politisch mitarbeiten, wenn sie sich entschließen, das Vaterland nicht bloß über die Partei, sondern — was manchmal schwerer ist — auch über das Geschick zu stellen, — und wenn sie endlich sich klar machen, daß auf die Dauer gute Geschäfte nur in einem vernünftig regierten Lande zu machen sind.“

Das scheint auch uns in den Kern der Dinge geleuchtet. Es hätte bei uns nicht so weit kommen können, wie es gekommen ist, wenn das Bürgertum allzeit auf der Wacht gestanden hätte.

Die Kundgebung des Kaisers vom 17. November

auf die Vorstellungen des Reichskanzlers wegen der im Bundesrat, im Staatsministerium, im Reichstag und im Volke herrschenden Stimmung ist, wie sich aus der Uebersicht der „Kreuztg.“ über „die innere Politik der Woche“ ergibt, in feierlicherer Form erfolgt, als bisher angenommen wurde. In der Veröffentlichung des „Reichsanz.“ heißt es: „Seine Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund“ usw. Diese Mitteilung wurde allgemein so aufgefaßt, daß der Kaiser dem Reichskanzler seinen Willen mündlich kund gegeben habe. Nach der „Kreuztg.“ aber handelt es sich bei dieser kaiserlichen Willenskundgebung um ein „mit der Unterschrift des Monarchen versehenes und in die Hände des Reichskanzlers niedergelegtes“ Dokument. Es wäre von Interesse, den Wortlaut dieses in „Reichsanzeiger“ nur in indirekter Rede wiedergegebenen wichtigen Schriftstückes kennen zu lernen und insbesondere zu erfahren, ob es sich beschränkt auf den „Reichsanzeiger“ mitgeteilten Satz: „Unbeirrt durch die von ihm als ungerade empfundenen Uebertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.“ Oder ist auch schriftlich niedergelegt und nicht bloß mündlich ausgesprochen, was der „Reichsanzeiger“ weiter über diese Unterredung berichtet: „Demgemäß billigte der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten v. Hilfen seines fortwährenden Vertrauens.“ Aus der „Kreuztg.“

Seuilleton.

Wortspiele und Wortwize.

Schopenhauer nennt das Wortspiel, dessen Kultus einst Hektor und ein Abraham a Sancta Clara und neuerdings ein Westroy und Sappho bis zum Uebermaß getrieben haben, eine „Mistart des Witzes“ und meint: „Wie der Witz zwei sehr verschiedene reale Objekte unter einen Begriff zwingt, so bringt das Wortspiel zwei verschiedene Begriffe, durch Benutzung des Zufalls, unter ein Wort: derselbe Kontrast entsteht wieder, aber viel matter und oberflächlicher, weil er nicht aus dem Wesen der Dinge, sondern aus dem Zufall der Namensgebung entspringen ist.“ Wüßer (in seinem Buche „über das Erhabene und das Komische“) meint, das Wortspiel beziehe sich entweder mehr auf die Bedeutung der Worte und benütze ihre Vielfältigkeit, oder es ergreife die Reizbarkeit des Klanges und verbinde durch sie die entgegengesetzten Vorstellungen. Aber abgesehen von dem Wortspiel, das die Franzosen Calambourg nennen, gibt es auch ein harmloses und durchaus nicht hochstehendes Spiel mit Worten, das nicht immer darauf berechnet ist, eine komische Wirkung zu erzielen und das man mit dem Worte Anagramm bezeichnet hat. Schopenhauer soll die Entdeckung gemacht haben, daß das Wort Reliefsteiler von hinten nach vorne gelesen ebenso lautet, wie umgekehrt. Ein anderes Beispiel: in einer westfälischen Stadt lebte vor einigen Jahrzehnten ein tüchtiger Wortzärner namens Nebel, der gegen die damalige Sitte, beim Turnen Lederhose um den Leib zu tragen, eiferte, da sie seiner Ansicht nach die Bewegung der Handgelenke hinderten. Man sagte daher von ihm: „Ein Lederhose trug Nebel nie“ und man machte die Entdeckung, daß dieser ganze Satz von hinten nach vorne gelesen denselben Wortlaut ergab.

Ein Spiel mit Worten, die einen Doppelsinn haben, sind ja auch viele Rätsel, wie z. B. das hübsche Schliermachersche Rätsel:

„Wir sind's gewiß in vielen Dingen,
Im Tode sind wir's nimmermehr.
Die sind's, die wir zu Grabe bringen,
Und eben diese sind's nicht mehr.
Dieweil wir leben, sind wir's eben
Von Geist und Angesicht.
Dieweil wir leben, sind wir's eben
Zur Zeit noch nicht.“

(ursprünglich: Sunig)

Wenn in einer Westroy'schen Post eine Person auf die Frage, ob jemand, den man erwartet, wohl kommen werde, antwortet: „Kommen wird er ja, ob er aber über Unter- oder ob er über Oberberndorf kommen wird, das weiß ich nicht.“ — so wird hier mit Worten gespielt, wie die Kinder mit Bällen spielen, und die Wiener lachten damals über derartige Wortspielereien gerade so, wie sie über Sappho's Wortwize lachten. Auch hier ist der komische Eindruck dem Wechsel des Jeltgeschnitts unterworfen und wenn man zu Sappho's Zeit nach der Verlegung der Wiener Börse in einen anderen Stadtteil über den „geistreichen“ Witz lachte, daß die Wiener jetzt kein Geld hätten, weil sie ihre Börse verlegt hätten“, so lächeln wir heututage kaum mehr über einen derartigen Kalauer.

Ein hübsche kleine Geschichte wird uns von dem berühmten Thomastus erzählt. Eines Tages stellte sich ihm ein Student vor, der den berühmten Professor in betreff seiner Studien um Rat fragte. Man habe ihn, sagte der Student, darauf aufmerksam gemacht, daß er schon durch seinen Namen zur Gottesgelahrtheit prädestiniert sei; er heiße Andreas Rudigerus und in diesem Namen sei, wenn man die Buchstaben anders sehe, die Mahnung enthalten: „Arate rus bei dignus.“ (Wirdig, den Vater Gottes zu bestellen.) Aber, fuhr der Student fort, er fähle keine Nel-

kung zur Theologie und würde lieber eine andere Fakultät wählen. „Gut“ — sagte Thomastus — „so finden Sie Weibzin, denn diejenigen, die den Gottesacker bestellen, sind das nicht die Herren Kerze?“ — Ein anderes Beispiel: Ist es nicht merkwürdig, daß in den Worten: „Revolution française“ nach Wegfall der vier Buchstaben, die „Revo“ bilden, gleichsam ein Revo einlegen, die Worte „Un Corse la finira“ — „ein Corse wird ihr ein Ende machen.“ die Worte aber: „La France veut son roi“ — das heißt: „Frankreich will seinen König“ ganz enthalten sind?

Hier haben wir es mit Wortspielen zu tun, die keine politische Pointe enthalten und die nicht darauf berechnet sind, eine Person oder eine Sache lächerlich zu machen. Wenn aber in einem Wolfer'schen Stücke ein junger Mann, der sich schon manchen Korb geholt hat und sich doch nicht davon abhrecken läßt, immer wieder sein Glück bei einem jungen Mädchen zu versuchen, mit einem Hummelzuge verglichen wird, weil er überall an hält, oder wenn von einem leichtlebigen Kavallerie gefagt wird, daß er ein wechselreiches Leben geführt habe, so kommen wir schon auf das Gebiet des höchsten Wortspiels, des Wortwizes, der in Epigrammen eine so große Rolle spielt. So wiegt Viktor Blumenthal über ein Schlagwort aus dem deutsch-französischen Kriege, dem man eine große Porträthähnlichkeit einzelner Deersführer nachgerühmt hatte:

Man darf nicht zu erkennen hoffen,
Den Freytag abgesehen hier.
Ein Günsiger nur ist gut getroffen;
Dort links her tote Offizier.“

Blumenthal ist — nebenbei bemerkt — der moderne, nur etwas geist- und geschmackvollere Sappho, der mit großer Gewandtheit auf dem Instrumente des Wortwizes spielt, wie z. B. in dem Doppelvers mit dem Schüttelreim:

„Das Jodeln liebt der Steiermärker,
Im Jüde'n ist der Meier stärker.“

Aber auch Blumenthal erreicht die Franzosen nicht, die wie ho-

Scheint sich zu ergeben, daß die Billigung der Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstag und die Versicherung fortwährenden Vertrauens nicht schriftlich, sondern mündlich erfolgt ist.

Deutsches Reich.

— (Ein wertvoller Sieg der Vertzuwaohsflauer.) Der württembergische Minister des Innern teilte der dortigen volkswirtschaftlichen Kommission mit, die Regierung arbeite den Entwurf einer Vertzuwaohssteuer als fakultativer Gemeindesteuer aus. Damit hat der Siegeszug dieser gerechtesten aller Steuern wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht.

Badische Politik.

Um Streit um Vörrach-Land.

□ Karlsruhe, 23. Nov. Die schon mitgeteilt, gibt heute das nationalliberale Parteiorgan, die „Bad. Landeszeitg.“, eine atemmäßige Darstellung der getroffenen Abmachungen im Wahlkreis Vörrach-Land. Hiernach legte das Blockabkommen von 1904 den Besitzstand der Parteien zugrunde. Der Wahlkreis war damals im Besitze der nationalliberalen Partei. Daburch, daß die freisinnige Partei diesen Besitzstand nicht anerkannte, wurde die Tatsache selbst nicht geändert, und es ist unerfindlich, wie die freisinnige Partei aus dem Umstand, daß der Wahlkreis ein einziges Mal nach Ausräumung der Wahl des nationalliberalen Dreher und der dann folgenden Wahl des freisinnigen Bogli mit einer Stimme Mehrheit für die Wahlperiode 1897 bis 1900 in Händen der Freisinnigen war, die schon wieder in der folgenden Wahl unterlag, einen Anspruch auf den Wahlkreis ableiten konnte. Dieser Anspruch ist seitens der Nationalliberalen Partei zu keiner Zeit, insbesondere nicht bei den unglücklichen Wahlen gerade in diesem Wahlkreise nötig fallenden Erfolgswahnen, anerkannt worden. Man hat lediglich, um gegenüber dem jähren Festhalten des Irrtums an seinem völlig unbegründeten Standpunkt zum Beschlusse zu kommen, sowohl 1906 als 1907 dieser Partei eine gewisse beschränkte Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung eingeräumt. Ein Versprechen dahin, daß bei Erneuerung des Blockabkommens der Wahlkreis der freisinnigen Partei zufallen soll, ist nie gegeben worden. Im Gegenteil, auch die freisinnige Parteileitung hat am 20. Septbr. 1907 durch ihren Vorsitzenden, Dr. Friedrich Weill, erklärt, daß die freisinnigen Vertrauensmänner des Wahlkreises, tags zuvor beschlossenen hätten, für die Kandidatur Obkirchers ohne Vorbehalt und Bedingungen einzutreten. Weil die Vorgänge bei der Erneuerung i. J. 1907 von besonderem Interesse für die kommenden Wahlen sind, teilen wir das von dem nationalliberalen Parteiorgan veröffentlichte Material im Wortlaut mit. Dort heißt es: Als durch die Förderung Dr. Obkirchers zum Landgerichtsdirektor 1906 dessen Mandat erloschen war, war man fast allgemein der Auffassung, daß die Wähler ohne weiteres die Wiederwahl ihres bisherigen Abgeordneten als selbstverständlich erachten würden. Allein die freisinnige Parteileitung in Vörrach wollte auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne wenigstens den Versuch zu machen, einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt zu erhalten. Es waren die nationalliberalen und die freisinnigen Vertrauensmänner des Wahlkreises auf den gleichen Sonntag zu je getrennten Versammlungen nach Hellingen berufen. Eine Stunde vor deren Beginn trafen sich die beiderseitigen Wahlmänner zu einer gemeinsamen Besprechung. Hier kam nach länger Debatte eine Uebereinkunft zustande, wonach die Freisinnigen für die Kandidatur Obkircher unter der Bedingung eintreten, daß bei den nächstkünftigen Wahlen der Kandidat in gemeinsamer Beratung beider Parteien nominiert, dem Bezirk selbst entnommen wird und der entschiedenen liberalen Richtung angehört. Die aufwesenden Komitemitglieder sagten zu, diese Uebereinkunft ihren beiderseitigen Parteileitungen und Vertrauensmännern Versammlungen befürwortend vorzulegen und herpflichteten sich, das Abkommen in der Presse nicht zu veröffentlichen. Höher stimmte die nationalliberale Vertrauensmännerversammlung zu. Allein die Parteileitung weigerte sich auch jetzt wieder dessen, ebenso wie der Kandidat wieder erklärte, eine so beschränkte Kandidatur nicht anzunehmen. Daraus waren neue Verhandlungen notwendig. Am 29. Septbr. 1907 stellten sodann die nationalliberalen Vertrauensmänner in einer aufbesetzten Versammlung in Hellingen einstimmig und ohne jede Bedingung und Reserve die Kandidatur Obkirchers auf. Eine einstimmig angenommene Resolution der nationalliberalen Versammlung lautete:

„Die heute versammelte Vertreter der nationalliberalen Partei des Bezirks Vörrach-Land ersuchen einstimmig Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher, die Kandidatur für die bevorstehende Wahl anzunehmen. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß die Vertreter der freisinnigen Partei nach der stattge-

habten Aussprache der Kandidatur Obkirchers ohne Bedingungen ihre Zustimmung erteilen. Mit der Aufstellung dieser Kandidatur soll in keiner Weise der freien Entscheidung der beiderseitigen Vertrauensmänner bei den allgemeinen Erneuerungswahlen in 2 Jahren vorgeschrieben werden.“

Die Resolution wurde alsbald den gleichfalls ebenfalls in Hellingen versammelten Vertrauensmännern der freisinnigen Partei überbracht. Allein es war zunächst nicht zu erfahren, wie sie sich dazu stellen, da die freisinnigen Vertrauensmänner aus einandergingen, ohne von ihrem Beschlusse den Nationalliberalen eine Mitteilung zu machen. Am 30. September 1907 jedoch teilte der Vorsitzende der freisinnigen Parteileitung des Landes, Dr. Friedrich Weill, dem Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei des Landes, Dr. Binz, mit, daß die freisinnigen Vertrauensmänner beschlossen haben, für die Kandidatur Obkircher ohne Vorbehalt und Bedingungen einzutreten. Dr. Obkircher wurde mit 1848 von 2330 gültigen Stimmen gewählt. 704 Stimmen fielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten.

Wenn man diese Tatsachen sich vor Augen hält, für deren Wichtigkeit die Beweise vorliegen, so ist rein unerfindlich, wie von freisinniger Seite im Wahlkreise selbst wie von Angehörigen des Parteivorstandes jetzt immer wieder behauptet wird, es lägen von nationalliberaler Seite Versprechungen dahin vor, daß für die kommende Wahl der Wahlkreis Vörrach-Land der freisinnigen Partei überlassen würde. Solche Versprechungen sind nicht gegeben worden. Die damals in der Parteileitung maßgebenden Personen bestritten, solche abgegeben zu haben. Sie würden auch den oben erwähnten Beschlüssen zuwider laufen. Immer wieder wurde allen Bemerkungen der freisinnigen entgegengehalten, daß die Frage, was 1909 mit dem Wahlkreise Vörrach-Land geschehen solle, ebenso offen bleiben müsse, wie sie für alle anderen Wahlkreise offen gelassen sei. Es darf nun wohl von der freisinnigen Parteileitung erwartet werden, daß sie auch ihrerseits den Parteiangehörigen diese Tatsachen noch einmal vor Augen führt, damit sie nicht infolge der irrtümlichen Erklärungen in der freisinnigen Landesversammlung und durch Ausführungen in der freisinnigen und der dieser Partei nahestehenden Presse ihre Erwartungen von dem nun noch abzuwickelnden Abkommen über die Erneuerung des Blocks soweit erheben, daß eine Enttäuschung die notwendige Folge sein dürfte.

Bayerische und Pfälzische Politik.

Das „persönliche Regiment“.

Frankenthal, 23. Nov. Zu der Korrespondenz über das Referat des Herrn Rechtsanwält Scheib-Frankenthal („Das persönliche Regiment des Kaisers“) im hiesigen jungliberalen Verein und den beigefügten redaktionellen Anmerkungen erhalten wir eine längere Zuschrift des Herrn Scheib. In dieser Zuschrift vertritt der jungliberale Referent die Ansicht, daß die Errichtung von Reichsministerien mit dem Geiste der Reichsverfassung „stärker in Einklang zu bringen“ sei und stützt sich auf den bayerischen Staatsrechtslehrer Seidel: (Kommentar zur Reichsverfassung S. 181 ff.) Weiter wird die Ansicht des Fürsten Bismarck zitiert, der die Errichtung von Reichsministerien als eine „Erneuerung des Bundesrats“ bezeichnet, und die nämliche Ansicht des Abg. S. von Seidel auf dem verfassungsberatenden Reichstag. Herr Scheib stützt sich jedenfalls auf bedeutende Kapazitäten und hat auch insofern Recht, als er auf die Schwierigkeiten hinweist, die einer Veränderung der Reichsverfassung im Bundesrate entgegenstehen. Allein diese Schwierigkeiten halten wir nicht für unüberwindlich, und wir ersehen keinen Grund, heute nach den letzten Vorgängen im Reiche von der Forderung nach verantwortlichen Reichsministerien abzusehen oder sie als aussichtslos zu bezeichnen, wo diese doch eine alte nationalliberale Programmforderung ist; und den alten Vorreitern Bismarck, Miquel, v. Hammer, Sobrath u. s. w. dürften gewiß die Schwierigkeiten auch bekannt gewesen sein, welche einer Verfassungsänderung entgegenstehen. Wir meinen aber, daß wenn je ein Zeitpunkt günstig gewesen ist die alte nationalliberale Programmforderung mit Nachdruck zu vertreten, es der gegenwärtige ist. Rechtsanwält Seidel rechtfertigt das weitere seine Forderung nach einer Adresse des Reichstages an den Kaiser, obwohl der Reichstag eine solche bereits abgelehnt hatte, in folgendem: „Ich bitte zu bedenken, daß als ich meinen Vortrag hielt (Montag), die Entscheidung noch nicht gefallen war. Hätte der Kaiser nicht nachgegeben, so hätte der Reichstag vor der Frage gestanden: Was jetzt? Geht man die verschiedenen Vorschläge durch, so findet man, daß eine gemeinsame Adresse die mildeste Form einer Willenskundgebung des Reichstages und

zugleich die Form gewesen wäre, die das Selbstgefühl des Monarchen am wenigsten verletzt und deshalb auch bei den Konservativen die meiste Aussicht auf Annahme gehabt hätte. Daß die Konservativen vorher eine gemeinsame Adresse abgelehnt, ist doch noch kein Beweis dafür, daß sie auch angesichts der neuen Situation verfaßt hätten. Das waren die Gründe, weshalb ich den Vorschlag nach wie vor als praktisch erachtete.“

Württembergische Politik.

Jungliberaler Landesverband.

* Eßlingen, 23. Nov. Der jungliberale Landesverband Württemberg hat am Sonntag in seiner Vertreterversammlung, die hier stattfand, eine Resolution angenommen, die sich für die Notwendigkeit einer Erhöhung der unzulänglichen Bezahlung aller Beamten, der niederen wie der höheren ausdrückt. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, der größere Sparjamkeit des Reiches, des Staates und der Gemeinden fordert. Rechtsanwält Jechle (Stuttgart) sprach über unsere auswärtige Politik, wobei er betonte, die in den letzten Wochen mehrfach aufgestellte Forderung einer Änderung der Reichsverfassung sollte nur nach eingehendster Prüfung weiter verfolgt werden. Eine vom Jungliberalen Verein Stuttgart eingebrachte Resolution, die sich gegen das persönliche Regiment richtete, wurde abgelehnt. Ein Antrag des Parteivorstandes, der den Beitritt zum Nationalverein für das liberale Deutschland vorschlug, erreichte die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht und mußte zurückgezogen werden.

Generalversammlung des Bundes der Industriellen.

in Berlin, 23. Nov.

(Eigener Bericht.)

Im Festsaale des „Russischen Hof“ fand heute die 12. ordentliche Generalversammlung des Bundes der Industriellen statt. Die allgemeine Versammlung wurde durch den ersten Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Hermann Wirth mit folgenden Worten eröffnet: Wie bei anderen Generalversammlungen, so gedenken wir auch heute zunächst unseres Kaisers. Das können wir um so mehr tun, als

die Schatten zwischen Kaiser und Volk geschwunden

sind, und zwar durch einen Akt der Selbstüberwindung des Kaisers, der seinen hohen Sinn hell in die Erscheinung treten läßt. Durchdrungen von der hohen Aufgabe seines kaiserlichen Berufes ist der Monarch sicherlich von den besten Absichten besetzt gewesen. Wir können daher rückhaltlos und aus vollem Herzen dem Kaiser unsere Huldigung darbringen. Die Rede klang mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Darauf erstattete der Generalsekretär des Bundes, Dr. Wendlandt-Berlin den Bericht über die Tätigkeit und Aufgaben des Bundes der Industriellen. Im Vordergrund der Tätigkeit des Bundes stand zunächst die Frage des

politischen Einflusses der Industrie.

Schon seit längerer Zeit, heißt es in dem Bericht, hatte in der deutschen Industrie eine tiefe Mißstimmung sich gegriffen über die vielfach mangelnde Rücksichtnahme auf die Interessen dieses Erwerbsstandes im öffentlichen Leben. Der Verband sächsischer Industrieller, der sich in kaum sieben Jahren zu einer industriellen Landesorganisation von noch nicht erlebter Einheitslichkeit und Größe entwickelt, bewies durch seine Erfolge, daß auch unter den jetzigen Verhältnissen die Industrie zu dem ihr gebührenden Einfluß zu gelangen vermag, wenn sie nur einmütig aneinanderhält. Nicht nur eine solche Vertretung in den sächsischen Ständekammern wurde erreicht, sondern der Syndikus des Verbandes Dr. Stresemann vermochte als erster Vertreter der betriebsleitenden Industrien auch bei der letzten Reichstagswahl zu obliegen. Im verflochtenen Geschäftsjahre standen die preussischen Landtagswahlen vor der Tür. Wenngleich die entgegenstehenden Schwierigkeiten hier noch viel größer sind, beschloß der Gesamtvorstand des Bundes der Industriellen einmütig, sich hieran kräftig zu beteiligen. Insbesondere beschloß der Gesamtvorstand, solange das gegenwärtige Wahlrecht besteht, für eine neue Wahlkreiseinteilung und Vermehrung der Sitze zum Ausgleich der Ungerechtigkeit der Vertretung der in den Städten konzentrierten Industrie einzutreten. Dies zu erreichen, ist aber nur möglich, wenn vielmehr Industrielle und Industriefreunde als bisher in den Landtag kommen. Der Gesamtvorstand forderte deshalb sämtliche Mitglieder des Bundes durch ein Rundschreiben auf, dahin zu wirken, daß geeignete industrielle Landtagskandidaten angestellt würden, und daß sie ferner in ihren Kreisen für Kandidaten einträten, die das Interesse der Industrie, insbesondere

Büchertisch.

(Anzeigen bei der Redaktion eingelassener Bücher und Zeitschriften. Ausführlichere Besprechungen nach Auswahl.)

Das literarische Echo. Halbmonatschrift für Literaturfreunde (Herausgeber: Dr. Josef Gillingner, Verlag: Eugen Fleischel u. Co., Berlin W. 9). Das 2. Novemberheft ist mit folgendem Inhalt erschienen: Emil Laska: Zur Umarbeitungsfrage. — Franz Deibel: Ernst Hardt. — Ernst v. Holzogge: Das Kreuz im Bann. — Paul Neuburger: Frauenbildung. — Ernst Hardt: Jaitema. — Echo der Zeitungen und Zeitschriften. — Echo des Auslandes (Russischer, holländischer, schweizerischer, amerikanischer Brief). — Echo der Bühnen. — Anzeig-Anzeigen. — Meinungsstandaush. — Nachrichten. — Zuschriften. — Der Büchermarkt. — Dem Hefte ist das Porträt von Ernst Hardt beigegeben.

Die Neue Musik-Zeitung (Verlag von Karl Grüniger-Stuttgart) beschäftigt sich auch mit Berufsfragen. So finden wir in Nr. 2 einen beachtenswerten von Hofkapellmeister Vand in Stuttgart geschriebenen Beitrag über die Karriere des Theaterkapellmeisters, welcher der Ideal Seite ebenso gerecht wird, wie er die materielle Schonungslos enthält. Die den Zwecken der Hausmusik dienende, vortrefflich abgefaßte Artikelserie über Klavierpiel, Kammermusikwerke usw. führt ein Aufsatz von Hofkapellmeister Professor Schwarz fort (drei klassische Stücke). Den aktuellen Teil der Nummer nehmen Berichte über Cornjo, über Pellet und Melisande in München und Prag usw. ein. In Nr. 3 steht Hugo Riemann seinen Aufsatz über die Phrasierungsbewegung fort. Dr. Jstel seine Studie über die Meisterfinger. Weiter sei ein interessanter Brief des verstorbenen Komponisten der „Holländer“, Edmund Reuschner, erwähnt und eine satirische lehrreiche Klavierübung mit dem dieselben Titel: „Sie will zur Oper“. Außerdem bringt das Blatt wertvolle Musikbelegungen. Kulturgeschichte des deutschen Volkes. Von Dr. Otto Henne am Rhein, Stotzardhder in St. Gallen. Mit 1822 authentischen

merkt, durch den Geist und den Volksthum ihrer Sprache unterstützt werden. Hier nur noch einige Beispiele politischen Wortwitzes.

Da wird uns erzählt, daß dem Direktorium am ersten Tage des Jahres 7 der Republik ein recht seltsames Neujahrsgeschenk überliefert wurde: ein Kästchen nämlich, in dem sich eine Lanzette (lanette), ein Kopf Salat (latius) und eine tote Ratte (rat) befanden. Lanette-lattus-rat — klingt das nicht gerade so wie „Lan sept les tuera?“ Und in der Tat hat ihnen, den Herren vom Direktorium, das Jahr 7 den Garaus gemacht. Aber auch vor dem großen Korjen, der nun die Erbschaft des Direktoriums antret, schmal der politische Witz nicht zurück. Im nächsten Jahre wird man das Sekular-Jubiläum von zwei recht hochstehenden Calambours feiern können, die ihre Spitzen gegen den damaligen Herrscher der Welt richteten. Im Jahre 1809 hand auf dem Pariser Arc du Trioumpfal ein leerer Trioumpfwagen, weil der Kaiser nichts davon wissen wollte, daß man diesen Wagen mit der Statue des Stagers von Kaiserlich schmückte. Im übrigen war das Jubiläum fertig und es handelte sich nur um eine passende Inschrift. Da los man denn eints Tages, während sich die gelehrtsten Herren die Köpfe über ein passendes Wort zerbrachen, das bei aller Mühe doch möglichst viel sagen sollte, von unbekannter Hand geschrieben, auf dem Trioumpfwagen folgende Aufschrift: „A Napoleon, le Gar l'attent“. Das heißt: „Der Wagen worteit auf ihn.“ Aber hochste Leute konnten auch lesen: „A Napoleon, le Garlotan.“ Noch harmloser klang und noch bösester war ein Wortspiel, das gegen Ende des Jahres 1809 in der Pariser Gesellschaft zirkulierte: „Napoleon aime la femme et la casse.“ Das heißt harmlos: „Napoleon liebt seine Frau und die Jagd.“ Aber zu jener Zeit mußte man in ganz Paris, daß der Kaiser sich entschlossen hatte, sich von seiner Gattin Josephine zu trennen, um eine „handgemäße“ Verbindung zu schließen, und man gab daher jenen Worten die andere Bedeutung: „Napoleon liebt seine Frau und — jagt sie davon.“

Dr. W. Kullmann (Schlichtern).

bere der bearbeitenden und Fertigfabrikate wahrzunehmen bereit sind.

In der Kohlenfrage führt der Bericht aus: Der so plötzlich ausgebrochene Haß des Zentralverbandes deutscher Industrieller...

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik machten nicht nur die zuletzt genannten Forderungen für die Arbeiter eine Abwehr notwendig...

Sodann referierte Syndikus Dr. Rudolf Schneider über die Kohlen- und Eisenfrage.

Unsere bearbeitende Industrien stehen bei dem Weg von Kohle und Eisen besonders starken Schwierigkeiten gegenüber...

nur direkt die Kohlen teuer, sondern sie zahlen die höheren Preise auch in allen anderen Stoffen, die sie gebrauchen.

Aus Stadt und Land.

* Bericht wurde Minnar Arthur Jorna beim Notariat Gerlachshausen zum Notariat Endingen.

* Lieberhalle. Im Anschluß an das von der Mannheimer Lieberhalle G. S. am Samstag den 21. Nov. abends im...

Der Pforzheimer Luftmord.

* Pforzheim, 24. Nov. Die polizeilichen Nachforschungen nach dem Mörder der Elsa Bauer haben die Verhaftung einer größeren Anzahl verdächtig erscheinender...

fernt haben, die darauf schließen lassen könnten, daß die betreffenden Personen mit dem Luftmord im Zusammenhang stehen.

Aus dem Großherzogtum.

* Gemshausen, 23. Nov. Gestern feierten hier die Michael Schulmann Eheleute das Fest der goldenen Hochzeit.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

B. Friedrichshafen, 23. Nov. Fründliche Berichtsteller wollen zu melden, daß das nächste Ruffschiff im Winter bereits fertiggestellt und mit dem übermäßigen Aufschiff im Bau ebenfalls begonnen sei.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Drittes Konzert des Vorchereins in Heidelberg. Das gestrige dritte Konzert des Vorchereins unserer Nachbarn gestaltete sich zum musikalischen Ereignis.

Der dem Reichsanzeiger Regers nicht rückwärts gewandene Ton, in seinen Parallelen und Fügen über ein Thema von Bedeutung zu den Sach-Verhältnissen, das uns im Winter 1904 an gleicher Stelle und von denselben Interlocutoren, Regers und Dr. Wolf zum, hören, zeigt der Komponist neben seiner unbedingten formvollendeten Kunst einen Wohlstand, der unmittelbar nach und glückt. Eine grandiose geführte Frage bezieht das Werk, das von den beiden Spielern herzlich ausgeführt wurde. Ein gegenseitig, feinsinnig nuanciert und in idyllischer Einmütigkeit.

Der Abend wurde mit Beethoven's großer C-moll-Symphonie eingeleitet. Regers' Entschlossenheit stimmt ja von Bach, Beethoven und Brahms ihren Ausgangspunkt, so daß also mit dieser Veranstaltung auch die Gleichzeitigkeit des Bergmann's Gesangs. Die tiefgründige Symphonie, ein Meisterstück in Bezug auf Inhalt und Form, war von Herrn Generalmusikdirektor Dr. Wolf zum mit einer gewissenhaftigkeit und einem Verständnis in jeder und wurde mit einem Stillsitzen und einer hingebend durchgeführten, die öffentliche aufrichtige Bewunderung fand.

Theaternotiz. Segen Erhaltung von Frau Reinert fällt die morgige Vorstellung von „Pierrot“ bei Herrn Theatervorstand an.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Reg. 24. Nov. Die „Reichslandische Korrespondenz“ schreibt: Die Meldung von dem großen Fabrikanten-Schwandl, von dem der „Vorfrüher“ sagt berichtet, bestätigt sich, wie von gut unterrichteter Seite gemeldet wird. Wenigstens hat die amtlich eingeleitete Untersuchung nicht das geringste ergeben. Demgegenüber hält H. „Zeit. Bl.“ der „Vorfrüher“ seine Angaben vollkommen anfruchtbar.

Stuttgart, 24. Nov. Die württembergische Eisenbahnverwaltung hat beschlossen, die Fährung von Wagen erster Klasse in den Personenzügen so stark einzuschränken, daß nur ein ganz geringer Teil der Personenzüge auf den Hauptlinien, wo noch eine Nachfrage nach Wagen erster Klasse besteht, mit Personenzügen erster Klasse ausgerüstet sein wird.

Stuttgart, 24. Nov. Dem „Staatsanzeiger“ zufolge ist mit Genehmigung des Königs vom Finanzministerium Architekt Prof. Wittmann-München mit der Ausarbeitung der Ausführungspläne für den aus Staatsmitteln zu errichtenden Teil des Neubaus des Hoftheaters (Großes Haus, Verwaltung- und Kassen-Gebäude) aufgetragen worden. Als Bauplan ist der barocke Garten gewählt worden. Die Fertigstellung soll bis Herbst 1909 erfolgen.

Venes Palais bei Potsdam, 24. Nov. Der Kaiser hütete heute wegen Erkältung das Bett.

Haag, 24. Nov. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer, in der über das Budget des Ministeriums des Innern beraten wurde, ermahnte der Präsident, die Erörterung der Benezulangelegenheiten nicht zu beginnen, sondern eine eventuelle Interpellation oder die Herausgabe des angefangenen Organisationsabwärtens. Von Doorn (Liberal) kritisiert den Mangel an Informationen über die diplomatischen Verhandlungen z. B. über den Nordseevertrag. Das Volk werde infolge des Schweigens der Regierung unruhig.

Die Beilehung, des Grafen Rhena.

Karlsruhe, 24. Nov. Von unserem Karlsruhe Bureau. Die Beilehungsfeierlichkeiten für den Grafen Rhena nahmen heute vormittag 11 Uhr in der Großkapelle des Mausoleums ihren Anfang. In den Feierlichkeiten waren erschienen die Großherzoglichen Verehrten, die Großherzogin Luise, Prinz und Prinzessin Max, die Braut des Verstorbenen Fräulein von Bülow, deren Eltern und Bruder, des weiteren das gesamte Ministerium mit Staatsminister von Dusch an der Spitze, Großhofmeister von Bräuer mit sämtlichen Hofbeamten, der preussische Gesandte von Eifendecher, das gesamte hiesige Offizierskorps und viele Offiziere von auswärts, der frühere Herzog des Verstorbenen, Graf von Wasser-Dresden, Geheimrat Wendt, sowie die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden mit Oberbürgermeister Siegel. Die Trauerfeier vollzog der Präsident des Oberkirchenrats Geheimrat Delbing, der seiner Trauerpredigt folgende Bibelstelle zu Grunde legte: Psalm 29. „Ich will schweigen und meinen Mund nicht aufstun, denn das Herr hört du getan.“ Nach kurzer Zeit, so führte der Geistliche aus, müssen wir uns schon wieder abschieden hinabzusteigen in die Gruft dieser stillen Erde. Aus der Blüte seiner Jahre ist der junge Freund, den wir heute zur letzten Ruhe bestatten, abgerufen worden von der Schwelle des höchsten Glückes, noch dem er eben mit der Hand greifen wollte. Als er auf der Fahrt nach der Schwelge kam, da hat er uns noch einen letzten Ausruf geschickt. Bis hierher hat der Herr geholfen. Umher lieber junger Freund hat Erfolge gehabt. Er hat durch das, was er geworden und was er gesucht und geleistet schöne Mühsal einer verheißungsvollen Zukunft gegeben. Ich gehe auf 1877 zurück. Wie haben damals seine Eltern geheulert, als er nach 13-jähriger Ehe ihnen geschenkt wurde und wie haben sie ihn gepflegt auf Schritt und Tritt. Wie brav und wirksam ist er gewesen bis zur Universität hinauf, wie freudig war er in dem Beruf, den er gewählt und wie haben wir auch gemeint, daß ihm eine glückliche Zukunft beschieden werden müsse. Wir haben uns getäuscht. Er ist tot. Wir konnten ein Klagebild anstimmen, daß es so geworden. Aber es gibt Ereignisse, denen man gegenüber verstimmen muß, denen gegenüber alles Nachdenken und Reden nichts nützt. Ich will schweigen und meinen Mund nicht aufstun, sagt der Psalmist, nicht aber hinzu, „denn du Herr hast es getan“, und was Gott tut, ist wohlgetan. Der Redner schloß mit dem Hinweis auf das schöne Testament, das der Verstorbenen ungenutzt hinterlassen habe. Das letzte, was er mit einem Menschen austauschte, sei das Vaterunser gewesen, mit dem auch der Geistliche seine tiefempfundene Trauerrede schloß. Gegen 1 Uhr war die Feier beendet.

Die beanstandete Dankagung des Reichsanzeigers.

Freiburg, 23. Nov. Bezüglich der von den hiesigen Demokraten beanstandeten Dankagung des Reichsanzeigers, die Sie mitgeteilt haben veröffentlicht Geh. Hofrat Professor Dr. v. Below folgende Erklärung im hiesigen „Tagblatt“. „In einer Aufschrift an das „Freiburger Tagblatt“ äußert die hiesige deutsche Volkspartei ihr Bedauern darüber, daß der Reichsanzeiger die Resolution, die von der großen Versammlung am Mittwoch an ihn abgelehnt worden ist, als „patriotische Begrüßung“ bezeichnet hat. Da mein Name in jener Aufschrift mit genannt wird, so nehme ich Veranlassung zu erklären, daß ich jenseits der Grenze in keiner Weise zu teilen ver-

mag. Von allen, die der Resolution zugestimmt haben, ist sie gewiß als patriotische Aeußerung im höchsten und höchsten Sinne empfunden worden. Daß der Reichsanzeiger sie aber auch als „Begrüßung“ empfinden konnte und mußte, ergibt sich doch schon daraus, daß sie die genaue Beobachtung der verfassungsmäßigen Rechte forderte, womit sie gelangt war, daß wir eine Regierung im Einvernehmen mit einer so eminent verfassungsmäßigen Stelle wie dem Reichsanzeiger wünschten. Im übrigen wird wohl jeder dem Staatsmann, der eine Resolution beantwortet, einen gewissen freien Spielraum zurechnen. v. Below.“

Die Studentenkravalle in Wien.

Wien, 24. Nov. Der Rektor der Universität verurteilt in einer Bekanntmachung das Vorgehen der italienischen Studenten, die tödliche Waffen bei sich geführt haben, auf das schärfste und bezeichnet ihre Tat als ein Verbrechen. Er kündigt die schwersten Disziplinarstrafen gegen die Schuldigen an. Die Universität und auch die Techn. Hochschule bleibt bis auf weiteres geschlossen.

Die Arie auf dem Balkan.

Budapest, 24. Nov. Das „Reiter Journal“ veröffentlicht aus der Feder eines ehemaligen diplomatischen Zeitnehmers am Berliner Kongress neue Mitteilungen, woraus erhellt, daß Rußland bereits vor 30 Jahren der Donau-Monarchie die Erwerbung Bosniens, der Herzegowina, sowie des Sandschaks Rumelien ohne jede Bedingung zugesichert. Alle Welt weiß, schreibt der Verfasser, daß Rußland sowohl in Reichsstadt als auch ein Jahr später durch Emporwärt der Monarchie zugesagt, daß sie beide Bilojets okkupieren und gegen Serbien und Montenegro verteidigen könne. Unbekannt ist jedoch, daß Rußland noch während des Berliner Kongresses mit der Monarchie ein Spezialabkommen abschloß, worin ihm die Monarchie zusicherte, daß sie Rußland als diplomatischem Getriebe bei der Durchführung des Berliner Vertrages entgegenkommen zu erweisen werde. Ein Requirat für dieses Entgegenkommen war die feierliche Verpfändung Rußlands, keine Einwendungen zu erheben gegen die definitive Okkupierung Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks Rumelien. Der Verfasser schließt daraus, daß Rußland die Mission nicht anders als vom Gesichtspunkt seiner feierlichen Verpflichtung behandeln konnte.

Marokko.

Paris, 24. Nov. Der „Temps“ schreibt in Besprechung des Marokko-Buches u. a.: Die Haltung des Ministers Pichon gegenüber den europäischen Mächten war vorsichtig, wachsam und auch von Erfolg. Alle Mächte haben den Ansichten und den Maßnahmen der französischen Regierung Berechtigung widerfahren lassen, nur Deutschland hat, wie freilich zu erwarten war, genörgelt und hülft. Aber Minister Pichon hat auch die Verhältnisse, mit Deutschland verhandelt Angelegenheiten unter ehrenvollen Umständen geregelt. Leider war es nicht möglich, auch der marokkanischen Seite der französischen Politik dieselbe Anerkennung zu geben. Das ursprüngliche Programm lautete: Freigabe des Sultans Abdul Asis von der Kapitulationsformulierung. Durch diese selbstsame Politik sind die großzügigen Anstrengungen der Soldaten und der Diplomaten Frankreichs für lange Zeit zur Unfruchtbarkeit verurteilt worden. Es ist bemerkenswert, daß das Gelbbuch keinerlei Depeschen des General Damad aus dem Zeitraum vom 14. bis 22. April d. J. enthält. Hatte nicht gerade während dieser Zeit General Damad der Regierung vergeblich vorgeschlagen, mit Sultan Hafid, der ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war, ein Ende zu machen? Abdul Asis war unsere Karte, aber wir haben sie nicht spielen wollen und so kommt es, daß die Zukunft der marokkanischen Politik Frankreichs in Marokko selbst keine glänzende ist.

Schwerer Unfall in einem Theater.

Barcelona, 23. Nov. Im Theater Alcaz gab heute das Geländer der Gallerie beim Abgang des Publikums nach. Einige hundert Personen stürzten 12 Meter herunter ins Parkett; alle sie schwer, drei tödlich verletzt.

Schwere Wirbelstürme.

Newyork, 24. Nov. Ein Telegramm aus Atlixrad (Arkanjos) meldet, daß 2 Wirbelstürme mehrere Städte im westlichen Arkanjos schwer heimlicheten. Bis jetzt sind 30 Tote gemeldet, viele Menschen verletzt. Es sind Eisenbahnsüge mit Mitteln zur Steuerung der ersten Not nach den betreffenden Orten abgeleitet worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Nov.
Am Bundesratsitz: Delbrück, Brümann-Hollweg, Kommissare.
Präsident Graf Stolberg eröffnet um 1 Uhr 15 Min. die Sitzung. Der Präsident teilt mit, daß im Anstehenden Amt ein Verleumdungsschreiben der belgischen Repräsentantenkammer aus Anlaß der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Robbod“ zugegangen ist. Der Präsident schlägt vor, der belgischen Repräsentantenkammer seitens des Reichstages den Dank für die Beilehungsbegehung anzukündigen. Die Mitglieder des Hauses haben sich zum Zeichen der Zustimmung von ihren Sitzen erhoben.
Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt v. Bamber (Hdd. Volksp.): Mir ist ein Schreiben vom Kriegsminister zugegangen, nach welchem der Kriegsminister bereits seit einiger Zeit seine Zustimmung zur Uebernahme des Zeppelinschen Luftschiffes erklärt. Meine geistigen Bemerkungen beruhen somit auf solcher Information und ich bedauere, daß ich einen Unschuldigen in Verdacht gebracht habe. Ich hoffe, daß die Angelegenheit der Ballon-Nebennahme als gelöst zu betrachten ist.
Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen Wiederberg (Str.) und Behrens (wirtsch. Vgg.) betreffend das Grubenunfall auf der Zeche „Robbod“

Wiederberg (Str.) begründet die Interpellation seiner Partei und führt aus: Mit Dank ist anzuerkennen, daß angesichts dieser schweren Katastrophe sofort im In- und Auslande eine umfangreiche Hilfsaktion eingeleitet hat. Es ist erfolgt worden, daß die Hinterbliebenen in leitlicher Beziehung hinreichend unterstützt werden können, den zeitlichen Schmerz kann ihnen niemand abnehmen. Die Bergarbeiter bitten bei der Verteilung der Summen Vertrauensleute hinzuzuziehen. Nächste dem Grubenunfall von Courrières mit 1280 und jenem im Amerika im Jahre 1907 mit 500 Toten ist dieses Unglück das größte, welches bisher stattgefunden hat. Die Verletzung soll unzureichend gewesen sein, es soll auch Wasser mangel geherrscht haben. Auch sollen einzelne Wasserrohre in der Unklarheit angebrochen gewesen sein. Seitens der Bergbehörde ist mit Menschenleben auf der Unklarheit gespielt worden. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten.) Wenn fremde Arbeiter nicht entbehrt werden können, so sollten sie in erster Linie

in Gruben beschäftigt werden. Die Bergleute stehen hinter allen Arbeitern zurück, ihre Organisationen werden nicht anerkannt, während die Arbeitgeber sich immer mehr zu Trusten und Vereinen koalieren. Durch schwarze Listen werden die Arbeiter aus Brot und Arbeit getrieben. Das Kränzenstücken im Bergbau sollte verboten werden sowie die Verzerrung des Abbaues, woran insbesondere die große Zahl der Verunglückten zurückzuführen sei. Wir verlangen eine reichsgesetzliche Abjuration der Bergarbeitertrüge, Arbeiterkontrolleure und Maßregeln zur Revision der Verletzungs-Anlagen. Wir erwarten von der Bergbehörde, daß sie rücksichtslos Untersuchung führen wird. (Beifall im Zentrum.)

Behrens (wirtsch. Vgg.) begründet die Interpellation seiner Partei und führt aus: Das Unglück auf der Zeche „Robbod“ hat unter ganzem Volk erschüttert und alle Kulturvölker nehmen an dieser Trauer teil. Bei der Katastrophe von Courrières wurde besonders vom Geh. Bergrat Wehner gesagt, ein derartiges Unglück sei bei uns unmöglich. Das Unglück sei auf mangelhafte Verletzung zurückzuführen. Trotzdem sei diese Katastrophe vorgekommen. Dazu konnte der Arbeiter-Beschl. der auf der Zeche „Robbod“ besonders stark gewesen sei. Möglichst große Förderungen und das Bräunnummern haben neben der mangelhaften Verletzung das Unglück erhöht. Die Bergwerksverwaltung soll die Katastrophe voraussehen haben, sie hat aber trotzdem keine Maßnahme getroffen. Die Arbeiterschaft wird immer mehr benachteiligt. So weigert sich die Belegschaft von Werlenbach einzutreten. Disziplin muß im Bergbau herrschen. Diese muß aber auf gegenseitiger Achtung beruhen. Eine schlechte Behandlung der Arbeiter ist besonders hier gefährlich, die Beamten müssen unabhängig von der Verwaltung gemacht werden, damit sie für die Betriebsicherheit sorgen können. Auch die Bergeladenden könnten hier das ihrige tun. Je mehr ein gegenseitiges Verständnis auf diesem Gebiet Platz greift, um so mehr ist auch die Sicherheit in diesen Gebieten gewährleistet.

Zur Beantwortung der Interpellation ergreift Staatssekretär v. Behrman-Hollweg das Wort und führt aus: Ich werde, meine Herren, ohne auf tödliche Einzelheiten einzugehen nur allgemeine Erwägungen bringen. Wir schließen uns dem Dank des Reichstages an die Nationen an, die ihr Beileid zu der Katastrophe ausgesprochen haben. Es ist von vornherein die Forderung nach besserem Arbeiterschutz und nach einem Reichsberggesetz laut geworden. (Sehr richtig!) Jede nachgewiesene Schuld wird ihre strenge Sühne finden. (Beifall.) Die Bergarbeiter meinen, sie seien um die großen Verpfändungen, die ihnen bei dem großen Streik von 1905 gemacht wurden, betrogen worden. Ich verstehe ihre Bitterkeit, die sich ihnen angesichts ihrer verunglückten Kameraden bemächtigt. Derartige Vorstellungen scheinen aber nicht berechtigt zu sein, da auf Robbod elementarische Kräfte das Unglück verhängt haben. Nach dem Stand unserer Technik sind Unfallsfälle nicht ganz auszuschalten. Der preussische Handelsminister hat im preussischen Abgeordnetentag unter lebhafter Zustimmung ausgesprochen, daß die Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Betriebe weiter ausgebaut werden muß. Was die Arbeiterkontrolleure betrifft, so wird man in einfachen Betrieben sich ihre Wirkung gerne zu Nutzen machen. Anders liegt die Sache bei den tiefen Betrieben, wo sich die Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in so unheilvoller Weise gefaltet hat. Die besonderen Gefahren des bergbaulichen Betriebes haben besondere Aufsichtsbeamte nötig gemacht. Die Sicherheitskontrolle im Bergbau wird dadurch sehr erschwert, daß die Arbeiter in einer großen Zahl auf weite voneinander liegenden, schwer zu überschauenden Stellen beschäftigt sind. Deshalb ist es geboten, daß man für die Sicherheitskontrolle die Erfahrungen der Arbeiterschaft sich zu Nutzen macht. Speziell autorisierter, vom Vertrauen ihrer Kameraden getragener Arbeiter müssen mit der Belegschaft ausgestattet werden, die Sicherheit der Grube zu beobachten und über vorgefundene Mängel zu berichten. Von einer solchen Verantwortlichkeit der Arbeiter kann das Ganze nur Vorteil ziehen. (Beifall.) Daß eine derartige Einrichtung segensreich wirken kann, dafür zeugen die Versuche, die man im Saarrevier in dieser Richtung gemacht hat. Die verbündeten Regierungen haben bisher auf dem Standpunkte gestanden, daß das Berggesetz von den Einzelstaaten zu regeln sei; daher haben auch diese in erster Linie zu prüfen, inwiefern ihre Vorschriften der Reform bedürftig sind. Auch die preussische Regierung wird diese Angelegenheit mit allen Mitteln fördern. Hierdurch werden die Bergarbeiter-Schutzbestimmungen schneller und wirksamer ausgebaut, als wenn sie im Bundesrat diskutiert werden. An diesem Bergarbeiter-Schutz haben alle Faktoren des öffentlichen Lebens, die Einzelstaaten und das Reich ein gleichmäßiges Interesse. (Sehr wahr.) Ich werde mit allen Kräften arbeiten. (Beifall rechts.)

Preuss. Handelsminister Delbrück: Ich muß angesichts der schonenden gerichtlichen Untersuchung mit einer gewissen Reserve auferlegen. Die neue Explosion auf Zeche Robbod wird darauf zurückgeführt, daß die aufstretenden Gase durch das Wasser zurückgebrannt und so mit dem Feuer in Berührung gekommen sind.

Berlin, 24. Nov. Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages beschloß nach längerer Debatte entgegen den Wünschen der Regierungsvertreter in zweier Lesung, daß die Beschäftigung von Arbeitern in Bergwerken, Salinen usw. unter Tage generell verboten ist, ebenso über Tage für Arbeiten bei Förderung, Verladung und Transport.

Bauhändler-Schub.
Berlin, 24. Nov. Die Kommission für die Beratung des Reichstages über den Schaub der Bauhändler ist heute zu einer Sitzung zusammengetreten. Man sprach sich grundlegend für die Errichtung von Bauhändlerämtern und gegen die zwangswise Einrichtung von Treuhändern aus. Der Untersuchung soll nunmehr unter Berücksichtigung dieser Wünsche den Beilehungen, wie er in der ersten Lesung der Kommission festgestellt worden ist, umarbeiten.

Berliner Stadtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)
Hart Bülow über das amerikanische Interview.
Berlin, 24. Nov. Der Korrespondent des „Welt Pariser“ hat den Fürsten Bülow gefragt, was er von dem im „World“ veröffentlichten Kaiser-Interview hält. Fürst Bülow erwiderte: Ich bin der Ansicht, daß Erfindungen von hoher Phantasie nur gestattet sind, wenn sie sich auf imaginäre und nicht auf existierende Personen beziehen und keinerlei des Respekts würdige Interessen schädigen. Aber niemand wird mir widersprechen, wenn ich erkläre, daß es ungewisselt eine höchst tadelswerte Aktion ist, dem Kaiser so grundlos so unheimliche Worte in den Mund zu legen, die er niemals gebraucht hat und an die er auch nicht im Traume gedacht hat.

Kaufmannsgericht Mannheim.

Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Erdel; Beisitzer aus dem Kreise der Kaufleute: Bernhard J. J. und Adolf Datzmann; aus dem Kreise der Handlungsgehilfen: Rudolf Tische und Viktor Schöllinger.

Zu einer nicht uninteressanten Entscheidung führte die Klage der Firma B. u. S., Futtermittelgeschäft hier gegen den Produzenten J. S. Der — nach Angabe seines Vertreters — seines Vaters — noch minderjährige — Beklagte hat als Praktikum und Reisender in den Diensten der Klägerin gestanden. Unter der Behauptung, daß der Beklagte an Speisen für eine Reise nach der Saargegend von Samstag bis Donnerstag 517 Mark, für eine weitere Reise nach derselben Gegend von Sonntag abend bis Freitag mittags 390 Mark, für eine Reise nach München für 5 Tage 132,45 Mark, für eine Reise nach Baien-Nürnberg von 7 Tage 157,40 Mark und endlich für eine Reise nach Mailand und der Schweiz von 13 Tagen 122,10 Mark erhalten, mithin bei den genannten Geschäftsreisen ganz unverhältnismäßig hohe Beträge für Reiseauslagen verbraucht habe, verlangt die Klägerin von ihm Rechnungslegung über seine Aufwendungen, um daraus erkennen zu können, welche derselben als im Geschäftsinteresse notwendig anzusehen seien, und um die sich etwa ergebende Differenz als zu Unrecht aufgewendet vom Beklagten erlegt zu verlangen; außerdem werden zwei kleinere Beträge für Elektrische etc. in Höhe von zusammen 11,10 M. als nicht im Geschäftsinteresse, sondern zu privaten Zwecken, aufgewendet beanstandet und ebenfalls in die Rechnungslegungsforderung einbezogen. Ferner richtet sich die Klage auf die Erstattung des Betrages von 8,20 M., welchen der Beklagte auf Geschäftskosten zur Verfertigung von Visitenkarten und von Briefpapier nebst Kouriersverwendet habe.

Diese 8,20 Mark hat der beklagte Vertreter in der mündlichen Verhandlung anerkannt, gegen die Rechnungslegungsforderung hat er einwendend, daß dem Beklagten Vertrauensspeisen zugestanden gewesen seien; er sei daher nicht verpflichtet, Rechnung über seine Aufwendungen zu legen. Ueberdies sei der Beklagte gegen den ausdrücklichen Wunsch seines Vaters (des beklagten Projektvollmachtigten) auf die Reise geschickt worden, und zwar teilweise ins Ausland; doch ein so junger Mensch auf solchen Reisen der Versuchung zu großen Geldeausgaben besonders ausgelegt sei, liege auf der Hand; die Klägerin habe sich demnach es selbst zuzuschreiben, wenn die Geschäftsreisen des Beklagten ihr unverhältnismäßig teuer zu stehen gekommen seien. — Der klägerische Vertreter hat zugestanden, daß der Beklagte Vertrauensspeisen genoss. Diese Speisen seien teilweise dem Beklagten als Reisefasche mitgegeben, beim auf sein Verlangen nachgeschickt worden, zum andern Teil seien sie aus den einflussierten Geldern bestritten worden. Auf die Frage, warum denn der Beklagte noch seiner ersten erorbitant teuren Reise nach der Saargegend überhaupt jemals wieder auf Reisen geschickt worden sei — wobei doch die Klägerin mit der Wiederholung gleichhoher Speisen habe rechnen müssen — hat der kläger. Vertreter geantwortet, es seien dem Beklagten wegen seiner hohen Speisen Vorstellungen gemacht worden und er habe versichert, daß er sich in Zukunft zusammennehmen werde; daraufhin habe man ihn auch später wieder auf Reisen geschickt. Auf die weitere Frage, warum man dem Beklagten die Vertrauensspeisen nicht entzogen habe, wurde geantwortet, man habe dies auf die Erfahrungen der beiden Saargegendreisen und der Reise nach München und Nürnberg hin getan gehabt, habe aber die Reise nach Mailand wieder ausdrücklich von den fixierten Speisen ausgeschlossen. Der kläger. Vertreter hat behauptet, daß der Beklagte sich seiner Zeit ausdrücklich verpflichtet habe, über seine erste Reise nach der Saargegend nachträglich Rechenschaft abzuliegen; bezüglich der andern genannten Reisen behauptet er dies nicht.

Das Gericht konnte den Rechnungslegungsanspruch der Klägerin nicht für begründet halten und sprach der Klägerin durch Urteil die anerkannten 8,20 Mark zu, während es die Klägerin mit dem Anspruch auf Rechnungslegung abwies. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt: Es sei zwar anzuerkennen, daß die Speisen des Beklagten ganz erorbitant hoch gewesen seien (s. B. für die erste Reise nach der Saargegend über 80 Mark pro Tag), jedoch ausgeschlossen sei, daß er diese Aufwendungen durchweg im Geschäftsinteresse gemacht habe; es würde also an sich die Tatsache, daß dem Beklagten Vertrauensspeisen zugestanden waren, dem Anspruch auf Nachschlagsablegung nicht entgegenstehen. Es sei aber zu bedenken, daß die Klägerin in Kenntnis des Verhaltens des Beklagten bei seiner ersten Reise nach der Saargegend ihn immer wieder auf Reisen geschickt habe. Das Gericht könne dies nur dahin ansetzen, daß die Klägerin in Ansehung der hohen Speisen ein Auge zudrücken wolle. Jedenfalls konnte der Beklagte diese Aufstellung haben und daraufhin auch bei den späteren Reisen die hohen Speisen riskieren.

Volkswirtschaft.

Mittelrheinischer Fabrikanten-Verein.

Aus Donnerstag, den 19. d. Mts., hat der Mittelrheinische Fabrikanten-Verein in Verbindung mit der Süddeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller in Mainz, Kasino Hof zum Gutenberg, eine gemeinsame Mitgliederversammlung abgehalten, in welcher Herr W. Jutzki, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, über den Stahlwerksverband und seine Prospektivität sprach. Der Stahlwerksverband war in der Versammlung vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Herrn Kommerzienrat Köhling, vom Vorstand durch die Herren Direktor Schallenscheidt, Direktor Müller, Dr. Johannes und Kommerzienrat Baudier. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildeten die von Mitgliedern der beiden Vereine vorgebrachten Klagen über die seitens des Stahlwerksverbandes bei dem Bezug von Trägern erhobenen sogenannten Jansen-Prämie u. s. f. Ferner die Verlegung der Preisbasis von Zuschlag nach Diederhosen. Die Jansen-Prämie beruht auf der vom Stahlwerksverband für den Bezug von Trägern vorgeschriebenen Einstellung Deutschlands in 3 Zonen, wobei die in der Südzone — zu der auch Bayern und Württemberg gehören — insbesondere Württemberg einen um 3 M., die in der Mittelzone einen um 1,50 M., höheren Grundpreis wie in der Nordzone entrichten müssen. Die Verlegung der Preisbasis von Zuschlag nach Diederhosen hat für die südlich gelegenen Träger vorwärtelnden Werke — also in der Hauptsache für Bayern und Württemberg — eine Preiserhöhung von etwa 3 M. pro Tonne bedingt, während für die nördlich gelegenen Werke (Sachsen, Westfalen, Hannover eine Preiserhöhung nicht eintritt. Die Verlegung bedeutet deshalb für Süddeutschland gegenüber den genannten anderen Gebieten eine Preis-erhöhung für Träger um 3 M. per Tonne. Herr Direktor Schallenscheidt erklärte die Gründe, welche den Stahlwerksverband zu den beiden demangelten Einrichtungen gezwungen haben. Darunter sollen die Jansen-Prämie lediglich einen Ausgleich für Konkurrenzverhältnisse unter den Träger liefernden Werke des Stahlwerksverbandes bedeuten, während die Einziehung der Preisbasis eine Gemeinleistung der Preisstellung ermöglichen soll. Von einer großen Schädigung der südlichen Werke könne um desswillen keine Rede sein, als für die bevorzogenen und als Konstruktoren zur Ausführung gelangenden Träger Ausnahmestellung genossen würden. Unger-

den sei der Stahlwerksverband schon gleich bei Eintritt der rückläufigen Konjunktur mit seinen Preisen bis nahe an die Selbstkosten zurückgegangen. In der weiteren Aussprache hielten die Herren Direktor Gachanjen-Gachanjen, der Vertreter eines Württembergischen Werkes und Herr Kommerzienrat Weismüller, stellvertretender Vorsitzender der Süddeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller die Klagen über den nachteiligen Einfluß der in Frage stehenden Verbands-Einrichtungen auf die südlich gelegenen Konstruktionswerkstätten aufrecht. Am Schluß erklärte ein Vertreter des Stahlwerksverbandes, daß der Verband die Wünsche in einer engeren Konferenz mit den Beteiligten nochmals prüfen wolle und bereit sei, etwa bestehende Unbilligkeiten zu beseitigen.

In der Zahlungseinstellung der Bonner Bank für Handel und Gewerbe in Bonn.

wird uns von dort geschrieben, daß wenig Hoffnung besteht, den Konkurs zu vermeiden. In den beteiligten Kreisen herrscht große Erregung und verschiedene Exzessen sind in Frage gestellt. Insbesondere sind demittelständischen die kleinen Sparere, die auf die Bonner Bank schworen, daß sie gut sei. In eingeweihten Kreisen dagegen soll man schon seit einiger Zeit gewußt haben, daß es mit der Bonner Bank faul steht. Die Revision der Bücher, die Sonntag und Montag von zwei Beamten der Treuhändergesellschaft vorgenommen wurde, hat keine Unregelmäßigkeiten ergeben. Nur das ansehnliche Kreditgeben — ein Bauunternehmer in Godesberg soll allein 3 Millionen schulden, während überhaupt das Aktienkapital nur so hoch ist — soll den Ruin des einstmalig so glänzenden dagestandenen Instituts in Frage gestellt haben. Die leitenden Kreise gehörten vornehmlich der Zentrumspartei an und so kommt es, daß viele kleine Handwerker, Beamte, katholische Anstalten und Vereine von dem Zusammenbruch hart betroffen werden. Die katholische Kirchengemeinde soll in die Hunderttausende verlieren. Ein Interesse des Platzes Bonn wäre es, wenn in letzter Stunde doch noch eine rasige Liquidation zustande käme. Diesbezügliche Verhandlungen werden mit anderen Bankinstituten, wie es heißt, answärtigen, geführt, die aber noch zu keinem Abjahn gekommen sind. Wenn unter Korrespondenz recht gehört hat, ist auch ein Mannheimer Institut bei der Sanierung beteiligt. Montag morgen wurde das Gebäude der Bank von den kleinen Sparern besetzt, die ihre Einlagen ausgegibt zu haben wünschten. Sie mußten aber unverrichteter Sache wieder umkehren. Die Polizei hielt die Ordnung aufrecht.

Rheinischflößerei.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeiger“.)

Die eingelaufenen Berichte entsprechen denjenigen der Vorwoche. Die Witterung ist derart, daß mit einem zunehmenden Wasserstand nicht gerechnet werden kann. Die Niederschläge, die in einzelnen Gegenden stattgefunden, waren bis jetzt auf die Ströme wirkungslos; trotzdem waren die Frachten an den Seeplätzen schonwend. Es wird eben dort freier Schiffsraum nach allen rheinischen Stationen angeboten, während die Rheber über eigenen Schiffsraum noch nach Belieben disponieren können. Die Schiffe werden wohl alle nur auf Wasserstand abgeladen, die Zufuhren von See sind aber nicht derart, wie man dieses sonst um diese Jahreszeit gewohnt ist.

Im gleichen Sinne ist von den Ruhrflößen mit den Kohlenverladungen zu berichten. Man hält horten mit Vergabung von Reifen möglichst zurück, um die höheren Frachten zu erlangen, in der Voraussehung, es könnte ein Witterungsstillschlag sich einstellen. Eigentümlich ist, daß trotz der herrschenden ungünstigen Konjunktur, man seitens von Privatleuten sowohl als auch von Behörden bestrebt ist, den Schiffsport zu vergrößern und sind besonders holländische Schiffswerften mit Aufträgen solazogen überhäuft.

Die färslich in verschiedenen Zeitungen bekannt gegebene Aufruf, Mannheim-Röhler Rheberien war doch etwas verfrüht. Wohl fanden hietwegen entsprechende Verhandlungen statt, jedoch bietet die Regelung solcher Fragen große Schwierigkeiten, daß das was heute hierüber in die Öffentlichkeit gedrungen ist, alles nur Vermutungen sind, somit an eine Fusion sobald noch nicht gedacht werden kann.

Ueber den Prochtenstand ist nun folgendes zu berichten: Anwerpen: Nach Mannheim mit Ladung auf Wasserstand M. 00 pro Tag mit 20 Tagen Garantie, alle Kosten, wie Schleppen und Leichten frei. Ganga: Uebernahme nach den bekannten Stationen wie Mainz, Worms, Frankfurt per Post M. 12-15.

Amsterdam: Verladungen nach dem Rhein, Schwach per Post-2000 Kg. wurden für Mannheim fl. 4,50 geboten. Rotterdam: Der Prochtenmarkt lautet ab. Für Verladungen nach den Ruhrhäfen wurde bei 1/4 Lofschiff vereinbart per Post fl. 1,50; 1/2 Lofschiff fl. 1,80 und ganze Lofschiff fl. 1,80. Die Schiffsmiete per Post, bei drei Leichten und Schleppen ging für Mannheim auf fl. 3,90 zurück, während für ganze Uebernahmen nach Frankfurt, Worms und Mannheim zu M. 12-13 vereinbart wurden.

Mühlerei-Duisburg: Verladungen zu Berg und Tal Schwach. Verfrachten nach Mainz-Mannheim stunden p. T. — 1000 M. 2,75, während die Schleppöhne auf M. 1,80 bezw. M. 2 stunden. Mannheim: Das Taggeschäft war ruhig und ruhte in festen Händen.

Am Geldmarkt hat heute die Reichsbank den Privatdiskontsatz durch größeres Angebot in Schatzscheinen auf 2 1/2 Prozent gesteuert. Tägliches Geld ca. 2 Prozent.

Von der Weiderriffahrt. Durch den mehrtägigen fast anhaltenden Regen wird der Reder bis morgen so viel gewachsen sein, daß die Schiffsflotte nach längerer Pause wieder aufgenommen werden kann. Es wäre den Schiffen sehr zu wünschen, daß sie auch einige Fahrten vor der vollständigen Einwinterung machen könnten.

Leimbacher Nigglbräu, N. O. in Leimbach. Die Generalversammlung erledigte beharrlich die Tagesordnung und setzte die Dividende auf 5 Prozent für die Aktien A und 70 M. pro Genugschien fest. Die Auslichten wurden von der Verwaltung als gute bezeichnet, da besonders infolge der vielen technischen Verbesserungen die Produktionsbedingungen günstiger seien. Mit Maß sei die Gesellschaft eingebek, daß sie keine höheren Preise dafür zu bezahlen habe. Aus der neuen Biersteuer sei für die Brauerei keine wesentliche Mehrbelastung zu befürchten. Auch der Absatz im neuen Geschäftsjahre sei bereits wieder um einige tausend Hektoliter gestiegen. Man hofft, nunmehr auch die Dividendenabzahlungen für die Aktien B wieder aufnehmen zu können.

Die Wiesbadener Armaturenerei Mt. Ges. in Wiesbaden ist mit, daß die letzterzeit gemeldeten Veruntreuungen nunmehr auf M. 92 788 festgestellt seien. Die Deckung wird durch die Heranziehung des nur geringfügigen Ueberflusses und der Restreserven (M. 93 665) vorgeschlagen. Es kommt somit keine Dividende (s. B. 3 Pros.) zur Verfertigung.

Johannes Haag, Maschinen- und Röhrenfabrik, A.-G. in Augsburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 7 1/2 Prozent fest, wählte die auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wieder und genehmigte die Kapitalerhöhung um M. 400 000 auf 1,6 Mill. Mark; über die Modalitäten der Aktienausgabe berichteten wir schon. Ebenso wurde die Verlegung des Geschäftsjahres auf 1. April (bisher 1. Juli) ausgebehen. (Telegraphische Handelsberichte siehe 8. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 24. Nov. (Fondsbörse.) Die Börse eröffnete auch heute in reservierter Haltung und bei stillem Geschäft. Mit wenig Ausnahmen liegt lebhafter Verkehr auf dem Fondsmarkt vor. Die gestrige Newyorker Börse befriedigte nicht und die bereits andgedeutet Unlust am amerikanischen Markt brachte keine grosse Veränderung. Die in der gestrigen Beiratsitzung des Kohlensyndikats beschlossene Ermässigung der Koks-kohlen wurde erwartet und machte verhältnismässig wenig Eindruck. Die Börse beschäftigte sich ferner mit der Konferenz der Bonner Bank und ist befriedigt, dass eine Hilfsaktion zur Vermeidung des Konkurses angestrebt wird. Erfreulich ist, dass eine Hilfsaktion von seiten der Grossbanken erwartet werden kann, da nach der vorläufig abgeschlossenen Revision die Bücher in Ordnung sind. Leitende Bankaktien liessen grosse Veränderungen nicht zu, Diskonto eröffnete bei fester Tendenz, Kreditaktien behauptet, festere Tendenz wies Deutsche Bank auf. Auf amerikanische Bahnen wirkte die Unlust der Spekulation, Baltimore eröffnete auf dem Niveau der gestrigen Abendbörse, der Kursstand konnte sich behaupten, Lombarden liessen lebhafteres Geschäft erkennen, doch zeigte die Tendenz wenig Veränderung. Staatsbahn fester. Schiffsaktien ruhig. Paketfahrt schwächer. Auf dem Gebiete des Montanmarktes zeigte sich für Bochumer feste Tendenz, auch übrige Werte liessen teilweise Kursbesserungen erkennen. Fonds besonders heimische Anleihen gefragt, von ausländischen Renten Portugiesen höher, Russen behauptet. Auf dem Gebiete der Industriepapiere war die Stimmung sehr still, chemische und elektrische Werte behauptet. Im weiteren Verlauf trat eine allgemeine laue Haltung für Lombarden ein, welche auf Wiener Abgaben einen entschiedenen Rückgang aufwies. Der Kurs schwankte zwischen 20,40 und 18,75. Auf den übrigen Gebieten trat grosse Zurückhaltung hervor, hervorgerufen durch die Nachricht von dem Zusammenbruch der Bomer Bank, da das Eingreifen verschiedener Institute scheiterte. Nachbörlich hielt die Geschäftsstille an, bei schwächerer Tendenz waren Lombarden weiter angeboten. Deutsch-Luxemburger fest. Es notierten Kredit 197,10 à 197, Diskonto 179,25. Dresdner Bank 147,25 à 147,30, Lombarden 19,75 à 30, Baltimore 106,80, Paketfahrt 110,60 à 70, Deutsch-Luxemburger 150 à 149,75.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Schluß-Kurs.

Reichsbank-Diskont 4 Prozent.

Beispiel.

Table with 4 columns: Location (Amsterdam, Belgien, Italien, London), Currency (kurz, lang), and Rate (23, 24, 25, 26).

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table with 4 columns: Bond Name (e.g., 4 1/2% deutsch. Reichsbank), Rate (23, 24, 25, 26), and Price (e.g., 102,50, 95,15).

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with 2 columns: Company Name (e.g., Bab. Rudertfabrik, Südb. Jumbohll., Südb. Maschinenbau) and Price (e.g., 131.-, 22,50, 104.-).

Bergwerks-Aktien.

Table with 2 columns: Company Name (e.g., Bochumer Bergbau, Subersis, Concordia Bergb.-G.) and Price (e.g., 218,20, 112.-, 112.-).

Wägen deutscher und ausländischer Transport-Kassellen.

Table with 2 columns: Station names (e.g., Subways, Berlin, Hamburg) and corresponding values.

Bank- und Versicherungskursen.

Table listing bank and insurance rates for various institutions like Deutsche Bank, Dresdener Bank, etc.

Frankfurt a. M., 24. November. Kreditkassen 197.40, Diskontokommandit 179.50, Darmstädter 198.00, etc.

Mannheimer Effektenbörse

Vom 24. November. (Offizieller Bericht) In Aktien der Portland-Zementwerke, Heidelberg, war heute Geschäft zu 156 Prozent; ferner blieben gesucht: Wägen Effekten-Aktien zu 1315 Mark pro Stück und Zellstoff-Fabrik Waldhof-Aktien zu 328.50 Prozent.

Large table with multiple columns listing various stocks and bonds under the heading 'Aktien'.

Berliner Effektenbörse

Table listing Berlin stock market data for various companies and bonds.

W. Berlin, 24. November. (Telegr.) Nachbörse. Kredit-Aktien 197.10, Staatsbahn 144.7, 144.60, etc.

Berlin, 24. Nov. (Fondsbörse.) Wenn auch im allgemeinen für den heutigen Verkehr keine durchgreifende Anregung vorlag, so zeigte sich doch bei Beginn eine Befestigung der Tendenz im Vergleich zu gestern.

Schiffahrtsaktien träge. Elektrizitätsaktien kaum behauptet. Die Geschäftsunlust erreichte einen hohen Grad, und mangels Beteiligung konnten sich die anfänglichen Besserungen auf dem Montanmarkt nicht voll erhalten.

Pariser Börse.

Table with 2 columns: Stock names (e.g., 3% Rente, Spanien, Türkei) and their respective prices.

Berliner Produktenbörse.

Table listing Berlin commodity prices for wheat, rye, barley, etc.

Telegraphische Handelsberichte.

Berlin, 24. Nov. Der Status der Reichsbank ist unverändert günstig. Vor 8 Tagen sind kleinere Beträge Gold für Holland und Rumänien abgegeben worden.

Brauerei zum Storch, A.G., Speyer. Vor kurzem war bereits bekannt geworden, daß die Gesellschaft, nachdem sie im vorigen Jahre die Dividende von 6 Prozent auf 4 1/2 Prozent ermäßigt hatte, diesmal eine Dividende nicht werde zur Verteilung bringen können.

4prozentige Frankfurter Stadtschuldverschuldung. Frankfurt, 24. Nov. Wie wir erfahren, hat sich das Konfortium für die 4prozentige Frankfurter Stadt-Schuldverschuldung aufgelöst und einen Nutzen von 0,66 Prozent verteilt.

Brauerei Binding, A.G., Frankfurt. In der heutigen Generalversammlung wurde eine Dividende von 10 Prozent (13 Prozent) festgesetzt.

Stuttgart, 24. November. Die Einnahmen der württembergischen Staatseisenbahnen betragen im Oktober 1908 7.238.000 M., das sind 202.675 M. weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Bei einem Reingewinn von 4.217.138 M. (3.998.896 M.) beträgt die Dividende 10 1/2 Prozent (wie im Vorjahre).

Die Insolvenz der Bonner Bank für Handel und Gewerbe. Köln, 24. Nov. Kölnische Mittagblätter melden: der Plan, den Zusammenbruch der Bonner Bank für Handel und Gewerbe durch einen Eingriff von 4 Banken, denen sich auch noch das Bankhaus Sal. Oppenheimer jr. angeschlossen, aufzuhalten, ist gescheitert.

Bonn, 24. Nov. Der Vorstand der Bonner Bank für Handel und Gewerbe hat laut 'Aft. Zeitung' sieben beschloffen, auf Freitag Nachmittag eine Gläubigerversammlung einzuberufen.

Deutsche Zuteilpinnerie in Meissen. Berlin, 24. Nov. Die Dividende der deutschen Zuteilpinnerie in Meissen wird wieder auf 15 Prozent geschätzt.

Berlin, 24. Nov. Am Roheisenmarkt hat nach dem 'Berl. Logbl.' die Firma Thyssen u. Co. die Preise um 3 M. pro Tonne erhöht.

Kemporf, 24. Nov. Die Kemporfer Schabbons wurden 12 1/2 Prozent erhöht.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst und Feuilleton: Georg Christmann; für Lokales, Provinzielles u. Gerichtszeitung: Ad. Schönfelder; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Richter; für den Interententeil und Geschäftliches: Fritz Joss.



Lodenjoppen

gefittort, haltbar und warm, 1- und 2reihig, aus gutem Winterloden.

M. 8, 10, 11, 12 bis M. 25

Winterhosen

erprobte Qualitäten aus Buckin und Kasimergarn in jeder Länge und Weite

M. 2,75, 3,50, 5,-, 6,-, 7,- bis M. 22,-

Engelhorn & Sturm

Mannheim O 5, 4/5. Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung. Münchener Loden-Artikel für Reis, Jagd, Sport. Livréon, Autokleidung.

Advertisement for Dr. Fleitmann's Nickelgeschirr, featuring a shield logo and text: 'Reinnickel, nickelplattiertes und Trimetall aussen Kupfer, innen Nickel. Küchen- und Tafelgerät.' It also lists 'Tafelgeräte u. Bestecke aus Schwerver Silber' and 'Aluminium-Kochgeschirre'.

Zwangs-Versteigerung. Mittwoch, 25. Novbr. 1908, nachm. 2 Uhr...

Bekanntmachung. Die Lieferung von 700 Meter Sommeruniformen für das Fahrpersonal der Städt. Straßenbahn...

Todes-Anzeige. Gestern abend nach 9 Uhr verschied nach kurzem, schweren Krankenlager mein lieber, treubesorgter Gatte, unser lieber, guter, unvergesslicher Vater, Bruder und Onkel, Herr Andreas Heilig...

Goncordia-Triumph und Göriches Westfalen-Räder. unsterblich feinste und beste Marken, unübertroffen an leichtem Lauf sowie Stabilität...

Jos. Schieber. en gros en detail. Generalvertreter der Meissener Maschinenfabrik von Biesolt & Loake, Hofflieferant.

Zu verkaufen. Delgemälde (Landschaft). 1.40x1.20, billig zu verk. 31642...

Stellen finden. Ordentliches Mädchen sucht Stelle als 1. Bed. in einem gut besetzten Hause...

Stellen suchen. Filiale. von Ehepaar, tüchtige Verkäufer, ev. für Frau allein, zu überneh. gesucht...

Zu Festgeschenken empfiehlt billigst Oelgemälde direkt vom Kunstmaler. Grosse Auswahl in modernen Kunstblättern...

Läden. E 1, 12 Marktstr., im Centre, 6 Zimm., mit ober ohne vier belle Parterrezimmer...

Wohnungen. Quisenring 56 part. 6 Zimm. m. Zubeh. Badzimmer u. Hof...

Möbl. Zimmer. C 2, 21 2 Treppen, gut möbl. 3 Zimmer sofort zu vermieten...

Diese Woche Wild sehr billig. Ganze Rehe von 65 Pf. an, Hasen von 2 Pf. an...

Freiwillige Grundstücks-Versteigerung. Nr. 9008. Auf Antrag des Käufers Salentin Freund...

Anfliches Verfündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim.

Abonnementspreis pro Vierteljahr Mt. 1.-, vierteljährlich ein bis zweimal.

Legal notices section containing various announcements such as 'Bekanntmachung', 'Kaufvertrag', 'Aufgebot', and 'Konkurse'.

1055 Beissbarth & Hoffmann A.-G., Mannheim-Rheinau. 1055

Einzigste Fabrik am Platze für Holz- und Stahlblech-Rolladen, Jalousien, Marquisen und Bollschutzwände.

76624

Reparaturen an Rolladen und Jalousien prompt und billig durch nur geschulte Monteure.

Einrahmen

von Bildern, in geschmackvollster Ausführung vom einfachsten bis zum feinsten Genre.

Clotilde Gutmacher, D 1, 1, Verlangerte Kunststrasse. Telephon 3633. 82975

Praktische Weihnachtsgeschenke

in allen Preislagen Deutsche und Amerikanische Puffs Schreibstühle Klubsessel Vertikalregistrator

Glogowski & Co. M 3, 5. MANNHEIM M 3, 5.

Teleph. Nr. 494



Katalog gratis und franco.

Die Töchter des Erfinders.



Die zahlreichen Nachahmungen

unseres seit 20 Jahren vortrefflich bewährten Haar- und Kopfwassers

Peru-Tanninwasser

beweisen am besten die Vorzüglichkeit unseres Fabrikates. Nachahmungen sind immer billiger aber niemals so wirksam als das Originalpräparat.

Genera-vertreter für Mannheim:

78517

Otto Hess, E 1, 16, 2. St.

Kleine Flasche: Mk. 1.75. Grosse Flasche: Mk. 3.50.

Weihnachtsbitte

für die Kleinkinderschule der Stadtmission K 2, 10. Um in der bevorstehenden Weihnachtszeit den Kleinkinderschulen unserer Stadtmission wieder eine Beherbergung voranzutreiben zu können...

Das Komitee: Frau Stadtpfarrer Wilmich, G 4, 2; Frau Karola Bender, Karolstraße 10; Frau Konrad S. Vornhagen E 7, 24; Frau W. Heidenreich, U 3, 9; Frau Hofmeister Heister, B 1, 4; Fräulein C. Müller, E 5, 8; Frau Direktor Post, Kaiserstr. 18; Frau Baupfänger Kümlein, L 11, 23; Frau D. Schmidlin, Jungbuschstraße 8; Schwester P. Geiger, K 2, 10.

Oeffentliche Bitte!

Der Vorstand der Freireligiösen Gemeinde dahier beabsichtigt in Gemeinschaft mit dem Frauenverein der Gemeinde den schulpflichtigen freireligiösen Kindern, sowie denjenigen freireligiösen Familien, bei denen schwere Not und Sorge in winterlicher Zeit Einkehr gehalten haben, eine Weihnachtsfeier zu bereiten.

- Frau R. Zenel, Charlottenstr. 17, Vorsitzende des Frauenvereins. Fräulein A. Duffing, K 2, 11. Frau de Haat, K 3, 18. Frau C. Legner, Schwanenstr. 2a. Frau S. Ott, U 5, 14. Frau G. Schneider, Akademiestr. 3. Frau S. Stiffenhöfer, Da bergstr. 10. Frau R. Herrahn, Remmshofstr. 16. Herr Stadtrat Warber, N 2, 9a, Vorstand der Gemeinde. Herr Bediger Schneider, Akademiestr. 3.

Bauszinsbücher in beliebiger Stückzahl zu haben in der Dr. S. Saas'schen Buchdruckerei G. m. b. H.

Unterricht Existenz!



Knaben und Mädchen können sich in ihren freien Stunden bei Tag oder abends durch den Besuch unserer Kurse erfindlich und billig für den Berufsstand, die Kaufmannschaft etc. vorbereiten und sich eine auskömmliche, gesicherte Existenz schaffen.

Privat-Handelschule Institut Böhler D 1, 7/8 Mannheim D 1, 7/8 Hausbahn, Bureau-Zimmer Nr. 61 (Personenaufzug).

Alle Absolventen sind gut platziert!

Geldverkehr Remittenz in h. oder s. W. Zahlungsbuch 2 per lotter 200 Mk. in 10 Teil. Zahlungsbuch benutzend. Offerten erb. unter Nr. 11651 an die Exp.

Ankauf. Eine Rührmaschine, Weinpumpe mit Schläuchen und kleine Verlandfässer zu kaufen erb. unter Nr. 11652 an die Exp. d. Bl.

Heirat.

Bester Herr, Junggeselle, 30 Jahre, ev., 3000 Mk. Einkommen, 8000 Mk. bar, sucht anständ. Fräul. Etwa Vermögen erwünscht. Anonymus medios. Offert. u. Nr. 81630 an die Expedition d. Bl.

Vermischtes

Wäsche zum Waschen in angemessener und auf Wunsch abgeholt. Frau Klein, 81623 Schwabingerstr. 1183, St.

Für die Kleinkinder

empfehlen sich im Winter die Kleinkinder in u. außer dem Hause. Frau Klein, 81623 Schwabingerstr. 1183, St.

Für die Kleinkinder

empfehlen sich im Winter die Kleinkinder in u. außer dem Hause. Frau Klein, 81623 Schwabingerstr. 1183, St.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.

Stammesliste

Stammesliste der Freireligiösen Gemeinde Mannheim. Vorsitzender: Herr Dr. S. Saas. Schriftführer: Herr Dr. R. Herrahn.